
FORUM: Deutschland nach Solingen

Faruk Sen:
Schleichender Rassismus ist bedrohlicher
als Rechtsradikale

Prof. Dr. Faruk Sen, geb. 1948 in Ankara, ist Leiter des Zentrums für
Turkeistudien an der Universität/Gesamthochschule Essen.

Es ist eine Tatsache, daß es in bezug auf die deutsche Ausländerpolitik fünf nach zwölf ist. Doch Politiker auf höchster Ebene lassen Worten immer noch keine Taten folgen. Ausländer in der Bundesrepublik erwarten nach den Morden von Mölln und Solingen und nach den nicht abreißen Brandanschlägen und Übergriffen im Land nun endlich Reaktionen von politischer Seite. Politiker und Öffentlichkeit sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten, um in Zukunft eine friedliche Koexistenz zu gewährleisten.

Ausländerfeindlichkeit ist nicht nur ein deutsches Problem. Eine Zunahme fremdenfeindlicher Tendenzen ist in ganz Westeuropa zu beobachten. Während die Staaten der Europäischen Gemeinschaft seit dem 1. Januar 1993 durch die Realisierung des EG-Binnenmarktes die Grenzen abgeschafft haben und für 345 Millionen Menschen in zwölf Staaten Freizügigkeit der Arbeitskräfte, des Kapitals und der Dienstleistungen gewährleisten, nehmen die rassistischen Übergriffe stark zu.

Bestandteil der Gesellschaft

In der Bundesrepublik dürfen Betroffenheit und Scham nicht mehr die alleinigen Reaktionen der Politiker bleiben. Ausländer sind nicht die Schwächeren in der deutschen Gesellschaft, sondern deren fester Bestandteil.

Der erste Anschlag mit Todesfolge ereignete sich bereits im Oktober 1991 in Berlin, als Skinheads einen türkischen Jungen überfielen. Doch erst nach Mölln kam öffentliches Bewußtsein auf. Auf politischer Ebene hat man sich von den zahlreichen Lichterketten, so begrüßenswert sie gewesen sind, täuschen lassen. Massendemonstrationen, allein in Essen am 1. Januar 1993 mit mehr als 350 000 Teilnehmern, hatten Alibifunktion, waren Lückenbüßer für Tatenlosigkeit in der Ausländerpolitik. Handlungsbedarf besteht und wird zunehmend dringlicher.

Politiker müssen Zeichen setzen: Doppelte Staatsbürgerschaft und Anti-Diskriminierungsgesetz haben Anlaß zur Diskussion gegeben, aber Worte helfen wenig. Solidarität tut not. Ein Anti-Diskriminierungsgesetz würde das Selbstbewußtsein der hier lebenden Ausländer stärken. Die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft auch für Nicht-EG-Ausländer würde auch symbolisch ein Zeichen setzen: Ausländer in der Bundesrepublik sind willkommen. Integration bedeutet politische Partizipation. Der Weg von einer Ausländerbeschäftigungspolitik zu einer Integrationspolitik könnte mit der doppelten Staatsbürgerschaft beginnen.

Nach mehr als 30jähriger Einwanderungsphase haben sich Ausländer, und hier vor allem die türkische Minderheit, die den größten Ausländeranteil stellt, in der bundesdeutschen Gesellschaft etablieren können. Mit rund 1,8 Millionen bilden Türken den größten Teil der ausländischen Wohnbevölkerung, allein 560 000 davon leben in Nordrhein-Westfalen, im Ruhrgebiet wohnen 350 000. Jeder Vierte von ihnen ist hier geboren, zwei Drittel leben schon länger als 10 Jahre hier. Mit 680 000 Erwerbstätigen zahlen sie weit

mehr Beiträge in die Kassen der Sozialversicherung, als sie Leistungen erhalten.

Annäherung

Seit 32 Jahren sind Türken Bestandteil der Bevölkerung, haben ihren Beitrag zum Aufbau der Wirtschaft geleistet. Sie leben und arbeiten hier, aber gleichberechtigt sind sie noch lange nicht. Noch immer werden Nicht-EG-Ausländer als Menschen zweiter Klasse behandelt. Ein fehlender Integrations-TATile kann kein Argument sein. Kopftücher haben nur noch bedingt religiöse Bedeutung, sie sind oft auch modische Accessoires, dienen nicht als Indikator für mangelnde Assimilation. Ausländer sind keine homogene Gruppe. „Den Ausländer“ gibt es nicht. Menschen in Deutschland müssen dafür sensibilisiert werden.

Oft wird der Vorwurf mangelnder Sprachkenntnis als ein Anzeichen für Ablehnung gewertet. Dem ist nicht so. Ausländer kamen vor mehr als drei Jahrzehnten als „Gastarbeiter“ in dieses Land. Dieser Status ist nicht mehr zeitgemäß. Mehr als 83 Prozent der hier lebenden Türken, das ergab eine Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien 1988, beabsichtigen, ihren Lebensabend in Deutschland zu verbringen. Derzeit sind 47 000 Türken im Rentenalter und die Zahl wird steigen. Für Türken ist die Bundesrepublik zum Einwanderungsland geworden, sie haben eine zweite Heimat gefunden. Doch sie werden in dem Land, in dem sie aufgewachsen sind, genauso wie in der Türkei, nicht als zugehörig akzeptiert.

Mit wachsendem Wohlstand hat sich auch das Bildungsniveau in der zweiten und vor allem in der dritten Generation verbessert. Allein 12 000 Türken studieren an deutschen Universitäten. Auch hier ist eine steigende Zahl absehbar. Innerhalb der Türken bilden sich immer mehr Potentiale und Kapazitäten, die sich auch für die Bekleidung öffentlicher Ämter qualifiziert haben. Ausländer im öffentlichen Dienst könnten die deutsch-türkische Kommunikation stärken und Vorurteile abbauen helfen. Politik muß Initiative zeigen.

Mit dem Rückkehrförderungsgesetz wollte man Anfang der achtziger Jahre die Zahl der in Deutschland lebenden Türken reduzieren. Doch Türken bleiben hier, weil sie sich heimisch fühlen.

Trümmer einer verfehlten Politik

Seit 1989 wurden die Mittel für die Ausländerarbeit erheblich gekürzt. Nach den Entwicklungen der letzten Zeit ist das in dieser Form nicht mehr zu akzeptieren. Zusätzliche Gelder für eine notwendige Integrationspolitik würden öffentliche Kassen weniger belasten als die spätere Beseitigung von Trümmern einer verfehlten Politik.

Nach den Morden und den Ausschreitungen der letzten Wochen ist die Stimmung innerhalb der türkischen Wohnbevölkerung umgeschlagen. Nach

ersten, emotional bedingten Ausschreitungen türkischer Jugendlicher in sozialen Brennpunkten haben sich die Aggressionswogen zwar geglättet, doch die Angst der Ausländer, in Deutschland zu leben, ist gebrochen. Angst bestimmt den Alltag. Angst prägt, verändert Verhaltensweisen, sucht nach Auswegen.

Alltagsrassismus

Verantwortlich dafür sind nicht die 67 000 Rechtsradikalen, deren Zahl bei einer Bevölkerung von über 80 Millionen in der Bundesrepublik eher gering ist. Weitaus bedrohlicher erscheint mir der schleichende Rassismus, dem wir tagtäglich begegnen.

Gerade hier leisten die Medien einen nicht unerheblichen Beitrag: Die laufende Berichterstattung suggeriert ein Bild, das nicht den Realitäten entspricht. Die Presse hat sich teilweise von der Vermittlerfunktion gelöst, schürt oft Ängste innerhalb der deutschen Bevölkerung. Symptomatisch hierfür stehen vielfach benutzte Überschriften und Slogans: „Das Boot ist voll“ oder „Ausländerflut“ bzw. „-invasion“. Zahlen werden häufig fehlinterpretiert. Betrachtet man allein die Berichterstattung über Ausländer und Kriminalität, wird schnell ein Bild verfälscht. Das Bundeskriminalamt erfaßt Tatverdächtige - nicht Straftäter. Alltagsberichterstattung über Ausländer findet so gut wie nie statt. Ausländer in den Medien erscheinen als Problem, als Fälle, als Täter und Opfer, selten, viel zu selten als Menschen wie du und ich, obwohl sie seit mehr als 30 Jahren die Gesellschaft in der Bundesrepublik mitprägen.

Mit Wortwahl allein kann Politik gemacht werden. Ein Beispiel: „Asylant“ ist ein Unwort, denn de facto sind die Menschen, auf die dieser Begriff gemünzt wird, Asylbewerber oder Asylsuchende.

Sensibilisierung

Der Journalist Klaus Bednarz sprach es aus: Nicht nur die Regenbogenpresse, sondern auch etablierte Tages- und Wochenzeitungen sowie Magazine leisten diesem Phänomen Vorschub. Ich habe an die Medien appelliert, auf eine dezidiertere Berichterstattung zu setzen, um weiteren Vorurteilen keinen Vorschub zu leisten. Positive Tendenzen sind erkennbar. Solingen hat Bewegung gebracht.

Mittlerweile werden auch Ausländer zu Talk-Runden eingeladen, wenn es um Migrationsbewegungen oder rechtsradikale Übergriffe geht. Positiv fällt die Berichterstattung einiger Fernsehanstalten auf: Seit Solingen werden verstärkt ausländische Journalisten für Kommentare und Reportagen herangezogen. Bei der Anerkennung ausländischer Akademiker ist allerdings noch Pionierarbeit zu leisten.

Eine gezielte Aufklärung der Öffentlichkeit ist zwingend notwendig. Sensibilisierungskampagnen müssen auf deutscher und türkischer Seite Interesse wecken. Beispiel: Kohle- und Stahlkrise. Die Auswirkungen des Strukturwan-

dels im sozialen Bereich zeichnen sich immer deutlicher ab, Brennpunkt ist Nordrhein-Westfalen mit dem Schwerpunkt Ruhrgebiet. Die Fremdenfeindlichkeit gegenüber den Türken, insbesondere den sozial Schwächeren, wird in dieser Region zunehmen. Hier muß angesetzt werden. Wichtig bleibt die sachliche Information und eine mutige Integrationspolitik, die Tatsachen vermittelt und das Bild der in Deutschland lebenden Ausländer nicht verfälscht.

Erst wenn das gelingt, sehe ich Chancen für eine Harmonisierung der angespannten Situation. Deutsche Mehrheit und türkische Minderheit können friedlich miteinander leben.